

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Nachrichten Dresden
Herausgeber: E. L. Kautzsch
Redaktion: Hauptstraße 48/49
Dresden - K. L. Kautzsch

Bezugspreise bei täglich fortwährender Zustellung monatlich 2,40 Mk. (einschließlich 80 Pfg. für
Zustellung), vierteljährlich 7,20 Mk., einschließlich 24 Pfg. Postgebühr (ohne Postumschlaggebühren
bei 7mal wöchentlichem Versand). Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigen-
preise: Die einseitige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für achtzählige 40 Pfg. Familienanzeigen und
Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 40 mm breite Reklametexte 200 Pfg.,
außerhalb 300 Pfg. Effektentafeln 30 Pfg. Anzeigenpreise gelten gegen Vorzahlung.

Druck u. Verlag: Strauß & Reichardt,
Dresden, Postfach - 810, 1008 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nachdr.) zulässig. Unverlangte
Schriftstücke werden nicht zurückgeschickt.

Am die Höhe der Reichsbahngütertarife

Ueberprüfung durch die Reichsregierung

Berlin, 17. Nov. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Die Öffentlichkeit fordert mit wachsendem Nachdruck auch eine Ermäßigung der Reichsbahngütertarife im Rahmen der allgemeinen Preislenkungsaktion der Reichsregierung. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß sich auch die Reichsregierung mit dieser Frage befaßt.

Wie allgemein bekannt, hat der Reichsverkehrsminister bereits in diesem Frühjahr die von der Reichsbahn wiederholt geforderte Erhöhung der für die Wirtschaft besonders bedeutsamen Wagenladungsstarke verhindert. Die schon damals schwierige Lage der Reichsbahn hat sich seitdem weiter verschärft. Die sich aus den Reparationsleistungen, der Beförderungskosten und der aus der Demobilisationszeit resultierenden gewaltigen Pensionslast ergebende Gesamtbelastung beträgt 26 Prozent der Bruttoeinnahmen des laufenden Geschäftsjahres; sie geht erheblich über die Summen hinaus, die die deutschen Eisenbahnen in der Vorkriegszeit je herausgewirtschaftet haben. Ist die Reichsbahn nicht in der Lage, ihre Reparationsverpflichtungen und die Dividenden für die Vorgesellschaften zu zahlen, so ist das Reich hofflos.

Alle diese Umstände müssen bei der Prüfung der Möglichkeit einer Tarifermäßigung sehr sorgfältig abzuwägen werden. Bei dem Nachdruck, mit dem die Reichsregierung die Preislenkung im Interesse der Wirtschaft verfolgt, darf die Öffentlichkeit überzeugt sein, daß kein Weg unversucht bleiben wird, um ein für die Allgemeinheit und auch für die Reichsbahn annehmbares Ergebnis zustande zu bringen.

welt es der Organisation des Städtetages möglich sei, auf die kommunalen Behörden im Sinne der von der Reichsregierung erstrebten Preislenkung einzuwirken. Dr. Mulerer sagte zu, daß der Deutsche Städtetag und die ihm angeschlossenen Städte auf jeden Fall alles unternehmen würden, um dem Vorgehen der Reichsregierung hilfreich zur Seite zu stehen.

Tarifverhandlungen im Bankgewerbe

Berlin, 17. Nov. Der Reichsverband der Bankleitungen hat die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen zu morgen vormittag nach der Berliner Industrie- und Handelskammer eingeladen, um mit ihnen über den am 31. Dezember ablaufenden Tarifvertrag zu verhandeln. Es werden vertreten sein der Deutsche Bankbeamtenverein, der Allgemeine Verband der Bankangestellten, der Frankfurter Angestelltenverband und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband. Auch die Abschaffung der bisherigen Bankfellektare vor Schern und Pfingsten soll in den Verhandlungen eine gewisse Rolle spielen.

Die Ergänzungsanteile der Länder

Berlin, 17. Nov. (Sta. Drahtm.) Auf Grund des § 85 des vorläufigen Finanzausgleichsgesetzes werden im Rechnungsjahre 1931 den Ländern insgesamt 32,8 Millionen Mark als sogenannte Ergänzungsanteile überwiesen. Nach der neuen Regelung sind diese Ergänzungsanteile auf ein Fünftel der Anteile des Landes begrenzt worden. Es sollen erhalten: Bayern 28 Mill., Mecklenburg-Schwerin 3,2 Mill., Mecklenburg-Strelitz 0,7 Mill., Oldenburg 2,8 Mill., Thüringen 1,8 Mill., Schaumburg-Lippe 0,4 Mill. und Hamburg 0,225 Mill. Mark. Zu den Ländern, die Ergänzungsanteile überhaupt nicht erhalten, gehören auch Sachsen.

Stegertwalds Besprechungen in London

London, 17. Nov. Reichsarbeitsminister Dr. Stegertwald, Ministerialrat Dr. Stryker und zwei Referenten des Reichsarbeitsministeriums waren am Montag im Unterhaus die Gäste des englischen Arbeitsministers, Mr. Bondfield. Am Montagnachmittag begannen die Besprechungen im Arbeitsministerium. Sie betreffen die einheitliche Festsetzung der Arbeitszeit in den Bergwerkbetrieben. Voraussetzungen sind England auch die Frage des internationalen Kohlentariffs aufzuwerfen.

Der Preislenkungsausschuß tagt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 17. Nov. Der Preislenkungsausschuß der Reichsregierung hielt am Montag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers wieder eine Sitzung ab. Allerdings wurden in der Sitzung keine bestimmten Beschlüsse gefaßt. Es wurde auch noch kein neuer Termin für eine weitere Sitzung dieses Lenkungsausschusses anberaumt. Der heutigen Sitzung wohnte auch der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulerer, bei, der dem Ausschuss einen Ueberblick darüber gab, wie

Brünnings Verhandlungen mit den Ländern

Der Reichsrat für Gehaltsfürzung am 1. Februar

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 17. Nov. Am Montagnachmittag herrschte in den Räumen des Reichsrates Hochbetrieb. Während die Reichsratsausschüsse unermüdet vom Reichskanzler vorwärtsgetrieben werden, ihr Programm weiter zu erledigen, allerdings einige ziemlich wichtige Punkte dabei ausbleiben, versammelten sich im Nebenraum sämtliche Ministerpräsidenten der Länder, die der Reichskanzler nach Berlin gebeten hatte, darunter auch der sächsische Ministerpräsident Schied, und im Vorraum erschienen der Reichswehrminister mit einem beträchtlichen Anhang von Stabsoffizieren. Der Reichskanzler beabsichtigt, vermittels der Zusammenberufung der Staatsoberhäupter der Länder abermals einen

starken Druck auf die Reichsratsausschüsse

auszuüben und sie damit zu zwingen, unter allen Umständen bis zum 20. November sowohl das Sanierungs- und Wirtschaftsprogramm, als auch den Haushalt für das Jahr 1931 zu verabschieden. Am wesentlichen handelt es sich darum, noch drei Punkte zur Erledigung zu bringen: Erstens soll der Widerstand in Sachen der 100 Millionen gebrochen werden, die von den Ueberweisungen gefordert werden sollen. Zweitens hat Preußen einen Antrag zur Tabaksteuererhöhung eingebracht, der eine Mobilisierung der Postenverteilung bei Zigaretten und Zigarren vorzulesen; Sachen hat bekanntlich die Tabaksteuererhöhung überhaupt abgelehnt. Drittens handelt es sich um den Vorstoß Preußens zwecks Kürzung des Wehretats. Hier wird Preußen allerdings kaum durchbringen. Das Sachse, was die preussischen Kürzungsanträge angeht, auf Seiten des Reichskanzlers steht, ist selbstverständlich.

Um 6 Uhr erschienen der Reichskanzler Dr. Brüning und der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, die bis dahin an den Beratungen des Preislenkungsausschusses der Reichsregierung teilgenommen hatten, im Reichstagsgebäude und hielten zunächst eine

Besprechung mit den Länderministern

ab. Am Anknüpfen daran begaben sich die Reichsminister und die Ministerpräsidenten der Länder gemeinsam in den großen Reichsratsbesprechungsraum. Die Verhandlungen über die kritischen Punkte werden vermutlich heute noch nicht zu Ende geführt werden können. Die Ministerpräsidenten der Länder werden voraussichtlich mehrere Tage, mindestens bis zum 20. November, in Berlin bleiben, um den Endkampf im Reichsrat mitzumachen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen der Reichsratsausschüsse wurde das Gesetz über die Realsteuerlenkung in zweiter Lesung angenommen. Die Senkungsvorschläge der Regierung für die Länderüberweisungen wurden grundsätzlich aufrechterhalten, jedoch wurde das Gesetz im Einvernehmen mit der Regierung mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Verhältnisse in den einzelnen Ländern etwas beweglicher gestaltet. Zur Erledigung der Tabaksteuererhöhung wird noch mitgeteilt, daß die von der Regierung vorgeschlagene Zollgesetz etwas herabgesetzt worden sind. Der Finanzminister hat sich mit diesen Beschlüssen einverstanden erklärt. Strittig ist nur noch die Frage, ob im Hinblick auf die neue starke Belastung der Zigarette nicht auch eine erhöhte Belastung für die Zigarette eintreten soll. Von einigen Ländern wird dies für notwendig gehalten. Ueber diese Frage sollen bis zur dritten Lesung noch Verhandlungen stattfinden.

Die Ausschüsse erledigten weiter die drei Gesetze, die die Wohnungswirtschaft betreffen, in zweiter Lesung. Dann begann die zweite Lesung des Etats für 1931. Der größte Teil des Etats wurde, da Streitfragen nicht vorlagen, in kurzer Zeit erledigt. Die wichtigsten Fragen, zu denen in erster Linie der Haushalt des Reichsministeriums und die Kürzung der Länderüberweisungen um 100 Millionen Mark gehören, wurde in Gegenwart des Reichskanzlers und des Reichswehrministers behandelt. Der Reichskanzler übernahm hierbei den Vorsitz der Verhandlungen. In zweiter Lesung wurde dann dem Haushaltsgesetz und dem gesamten Haushalt für 1931 zugestimmt.

Nach schwierigen Verhandlungen erklärte sich die Reichsregierung einverstanden, den Ländern für die Kürzung der Ueberweisungen um 100 Millionen Mark, die im Hinblick auf die Einschränkung des Personalanwands in den öffentlichen Verwaltungen der Länder und Gemeinden vorgelesen ist, einen Ausgleich zu gewähren.

Für einen Betrag von 50 Millionen Mark werden ihnen im Reichsbesitz befindliche Reichsbahnvorzugsaktien überlassen. Die Forderung der restlichen 50 Millionen Reichsmark soll ihnen dadurch ermöglicht werden, daß die für drei Jahre vorgesehene Prozente Gehaltsfürzung der Beamten schon am 1. Februar 1931 beginnen und dementsprechend mit dem 1. Januar 1931 außer Kraft treten soll. Ab 1. Februar 1931 wird die Gehaltsfürzung der Beamten auf die Gehaltsfürzung angerechnet. Die von Preußen zum Wehretat gestellten Forderungen und Kürzungsanträge wurden gegen die preussischen Stimmen abgelehnt.

Der neue Rechtsruck

Das Hauptcharakteristikum der Gemeindevahlen in Mecklenburg und in Baden ist eine neue schwere Niederlage der Sozialdemokratie seit dem Wahlergebnis vom 14. September, ein rapides Fortschreiten des Auflösungsprozesses der demokratischen und liberalen Mittelparteien sowie ein weiteres hartes Anwachsen des Nationalsozialismus. Kein Zweifel, diese Wahlen werden sensationell wirken. Denn sie sind eine ernste, sehr ernste Warnung an das Kabinett Brüning und an die sozialistischen Machthaber in Preußen. Das deutsche Volk lehnt in immer stärkerem Maße das offene und heimliche Bündnis zwischen Mittelparteien und Sozialdemokraten im Reich und in den Ländern, vorab in Preußen, ab. Wo man ihm Gelegenheit gibt, diese Meinung zu dokumentieren, geschieht es mit einem erstaunlichen Eifer. Der Ruhhandel des im Wahlkampf vom 14. September geschlagenen Reichskanzlers mit der Sozialdemokratie, der darauf hinausläuft, die Reichsregierung durch die stille Unterstützung des Marxismus an der Macht zu erhalten, wohingegen umgekehrt das Zentrum sich verpflichtet, die rote Machtposition in Preußen unangefastet zu lassen, ja noch mehr, ihrem Ausbau kein Hindernis zu bereiten, hat mit diesen Gemeindevahlen eine so scharfe Abfrage erlitten, wie es wohl niemand in der kurzen Frist, die seit den Reichstagswahlen verstrichen ist, vermutet hätte. Wird die Reichsregierung die Zeichen der Zeit erkennen? Wird das Zentrum sich nun bequemen, den Weg für eine Rechtsregierung im Reich und für eine Neuordnung in Preußen durch Auflösung und Neuwahl eines, wie man nun wohl positiv weiß, überalterten Parlaments freizugeben? Das Zentrum und vor allem seine sozialistischen Freunde in Preußen müssen jetzt doch wohl einsehen, daß ihre Methode, an Stelle der einst gepriesenen Demokratie die nackte Gewalt zu setzen, die Unterdrückung aller nationalen Regungen des Volkes im Sinne der Versammlungsbewegung, sowie des parteipolitischen, verfassungswidrigen Druckes auf alle diejenigen, die als Pensionäre oder Staatsdiener mit dem Staate zu tun haben, nur das Gegenteil dessen erreicht, was beabsichtigt war. Der Nationalismus ist im unaufhaltsamen Wachsen. Diese Tatsache mag manchem Parteimann außerst unangenehm sein. Aber man kann sie jetzt nicht mehr mit der Politik des Vogel Strauß aus der Welt schaffen. Ja, je mehr sich Zentrum und Sozialdemokratie gegen diese Erkenntnis verschließen und sich weigern, daraus die in einer Demokratie üblichen Konsequenzen zu ziehen, um so mehr begünstigen sie nur die extreme Form der nationalen Bewegung, den Nationalsozialismus. In verschiedenen badischen und mecklenburgischen Städten hat sich das deutlich erwiesen. Hier haben trotz Einheitslisten sämtliche bürgerliche Parteien, auch die Rechtsgruppen, zugunsten der Nationalsozialisten abgenommen. Nicht etwa, weil die Wählerschaft, die den Nationalsozialisten ihre Stimme gab, in ihrer Besamtheit mit dem oft reichlich utopischen Wirtschaftsprogramm der Partei einverstanden gewesen wäre. Sondern ganz einfach deshalb, weil ihnen die Geduld darüber gerissen ist, daß die Reichsregierung und die preussische Regierung den Protest vom 14. September nicht gewürdigt haben, sondern in sein Gegenteil verkehrten. Nun haben viele diesen Protest in schärferer Form durch den nationalsozialistischen Stimmentzettel wiederholt, in der Hoffnung, man werde auf die Weise in Berlin endlich verstehen, daß das Volk nur noch eine Forderung an die Regierung Brüning hat: abzutreten und einer Rechtsregierung Platz zu machen.

Freilich haben im allgemeinen Gemeindevahlen nichts mit der Reichspolitik zu tun. Wenigstens in ruhigen Zeiten nicht. Deshalb ist auch der Parteilaufruf an den einzelnen Orten von jeher ein recht buntschiediger gewesen und trägt namentlich in kleineren Orten eine starke persönliche Note. Berufsständische Listen stehen oft stärker im Vordergrund und lassen deshalb nur schlecht die Ergebnisse in eine Parallele mit den Reichstagswahlen bringen. Auch das Interesse an Kommunalwahlen ist ein weit geringeres als an Reichstagswahlen. So haben bei den letzten Gemeindevahlen 1928 in Baden nur 40 bis 50 Prozent der Wähler ihre Wahlpflicht erfüllt. Wenn diesmal sich dagegen meistens rund 85 bis 70 Prozent der Stimmberechtigten für den für manchen so schweren Gang an die Urne entschlossen haben, so ist damit zwar noch lange nicht die Wahlbeteiligung des 14. September erreicht worden, aber doch Ziffern, die bis jetzt für Gemeindevahlen einen bemerkenswerten Fortschritt bedeuten. Nimmt man dazu die Tatsache, daß die sonst üblichen drückenden Sonderlisten und Berufsständischen Gruppen stark zurückgedrängt worden sind und daß die Nationalsozialisten in vielen Orten, in denen sie im Gemeindeparlament bisher noch nicht vertreten waren, nun plötzlich ein gutes Drittel bis fast die Hälfte der Sitze errungen haben, so in der badischen Hauptstadt Karlsruhe, in der sie von 0 auf 28 Sitze answuchsen und damit weitans härter als das dort dominierende Zentrum und die Sozialdemokratie wurden, so darf man wohl diese Gemeindevahlen weniger unter kommunalpolitischen Gesichtspunkten betrachten, sondern als einen scharfen Protest der Bevölkerung gegen die große Politik in